



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Unterstützung der Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Flughafenasylverfahrens nach § 18a Asylverfahrensgesetz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, die von den Ländern Brandenburg und Rheinland-Pfalz beantragte Entschließung des Bundesrates zur Abschaffung des Flughafenasylverfahrens nach § 18a Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) zu unterstützen, so dass alle ankommenden Ausländerinnen und Ausländer, die bei der Grenzbehörde am Flughafen um Asyl nachsuchen, einreisen und das reguläre Asylverfahren durchlaufen können.

Begründung

Das Flughafenasylverfahren kann insbesondere auf Asylsuchende angewendet werden, die bei ihrer Einreise am Flughafen Asyl beantragen und aus einem „sicheren Herkunftsstaat“ stammen sowie für solche ohne Pass oder Passersatz.

Es ist jedoch für eine angemessene und sorgsame Bewertung von Anträgen auf Asyl und eine entsprechende Entscheidung nicht geeignet, da die Kürze und die Bedingungen der Verfahren weder den besonderen Situationen, in denen sich die Betroffenen befinden, noch der weitreichenden Bedeutung, die diese Entscheidung für das weitere Leben der Asylsuchenden hat, gerecht werden.

Im Gegenteil stellt das Flughafenasylverfahren einen großen Nachteil für die Betroffenen dar, da sich diese in einer für sie kaum überschaubaren Situation unter haftähnlichen Bedingungen und ohne die Möglichkeit unabhängiger Rechtsberatung vor der für den weiteren Fortgang des Verfahrens entscheidenden Anhörung durch die Bundespolizei und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) befinden. Das stellt eine Ungleichbehandlung der Asylsuchenden und mithin einen Verstoß gegen den rechtsstaatlichen Gleichheitsgrundsatz dar. Ein effektiver Rechtsschutz

wird durch die insgesamt kurze Verfahrensdauer sowie extrem verkürzte Rechtsbehelfs- und Begründungsfristen erschwert.

Schließlich zeigen auch bundesweit deutlich rückläufige Fallzahlen rechtskräftig abgeschlossener Flughafenasylverfahren, dass eine Abschaffung im Sinne der Bundesratsinitiative der Länder Brandenburg und Rheinland-Pfalz überfällig ist.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender